

VON ROBERT PRAZAK

Investitionen würden unattraktiver werden, die Innovationskraft der Wirtschaft würde sinken, neue Geschäftsmodelle würden sich in Österreich weniger rasch verbreiten.“ Für Christian Helmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung, ist die Wertschöpfungsabgabe zweifellos ein rotes Tuch. Dieser Begriff ist seit Wochen Gegenstand heftiger Debatten, nachdem Bundeskanzler Christian Kern die Idee aus den 1980er-Jahren revitalisiert hatte und seitens der ÖVP prompt der erwartete Widerstand kam.

Weshalb wird überhaupt über eine solche Abgabe nachgedacht? Einerseits muss nach Möglichkeiten gesucht werden, den Faktor Arbeit zu entlasten – darüber besteht quer durch alle Fraktionen Einigkeit. Andererseits besteht die Befürchtung, dass aufgrund der steigenden Automatisierung die Finanzierung der Sozialsysteme gefährdet ist, weil die von Lohnsummen abhängigen Abgaben sinken könnten. Daher sollen als Ausgleich andere Produktionsfaktoren statt der Arbeit belastet werden. Auch die steigende Bedeutung von Technologie-Unternehmen, die mit vergleichsweise wenig Mitarbeitern viel Gewinn machen, soll auf diese Weise stärker berücksichtigt werden. Bei der detaillierten Umsetzung einer solchen Abgabe gäbe es mehrere Möglichkeiten, jedenfalls könnte man sich am Gewinn oder an den Aufwendungen des Unternehmens orientieren – etwa an Zinsen und Mieten.

Das Problem: Während die Idee einer Wertschöpfungsabgabe nicht neu ist, mangelt es sowohl an Erfahrungen auf breiter Basis aus anderen Ländern als auch an wissenschaftlichen Studien, wie die Auswirkungen in der Praxis tatsächlich aussehen könnten. Schon bei der grundsätzlichen Frage, ob und wie sich Digitalisierung und Siegeszug der Roboter auf die Zahl der Arbeitsplätze auswirken werden, gibt es ganz unterschiedliche Antworten. In einer Analyse des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) heißt es, die Aufkommenseffekte einer solchen Abgabe wurden bisher empirisch kaum untersucht; der jetzige Forschungsstand lasse eine „evidenzbasierte Beurteilung“ nicht zu. Kurzfristig könnte es zwar positive Beschäftigungseffekte geben, langfristig seien aber wegen der stärkeren Belastung der inländischen Unternehmen negative Folgen auf Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen sowie für den Arbeitsmarkt zu befürchten. Sollte man also besser abwarten und genauer forschen, ehe man zu debattieren beginnt? Für Margit Schratzenstaller vom Wifo, eine der Verfasserinnen des Beitrags, müsste es sowohl grundlegende Diskussionen über die Finanzierung der sozialen Sicherung geben als auch Prognosen und Szenarien, wie sich tiefgreifende Änderungen wie der digitale Wandel auswirken werden – unter anderem auf Ausmaß und Qualität der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Die Arbeitswelt befindet sich im Umbruch, darüber besteht kein Zweifel. Doch Roboter bekommen keinen Lohn und der Staat von Maschinen keine Abgaben. Ist mit fortschreitender Automatisierung

Was ist die Wertschöpfungsabgabe?

Die Beiträge, die Arbeitgeber an die Sozialversicherung zahlen, sollen nicht nur auf den Löhnen und Gehältern beruhen, sondern sich auch an anderen Wertschöpfungsfaktoren wie Gewinnen oder Mieten orientieren. Dadurch sollen der Faktor Arbeit entlastet und die möglichen Folgen einer steigenden Automatisierung abgefedert werden. Gegner einer solchen neuen Abgabe sehen negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

45 Prozent des BIP beträgt die Abgabenquote in Österreich – der weltweit fünft höchste Wert.



Wertkampf

Die Debatte um die Wertschöpfungsabgabe – salopp Maschinensteuer genannt – ist voll entbrannt. Die Industrie sieht den Wirtschaftsstandort bedroht, Befürworter verweisen auf die Folgen der Automatisierung.

aber das soziale System bedroht? „Einerseits könnte die Digitalisierung eine zunehmende Ersetzung von Arbeit durch Kapital bewirken“, sagt Margit Schratzenstaller. So sei bereits eine „Erosion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung“ zu beobachten, und dieser Trend könnte noch verschärft werden. „Andererseits könnten sich aber auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben.“ Dass sich Gegner und Befürworter der neuen Abgaben bei den Folgen der Automatisierung uneins sind, gehört zur Positionierung auf der (wirtschafts)politischen Landkarte Österreichs. So sieht Christian Helmenstein von der IV keine Hinweise, dass die Bemessungsgrundlage erodiert; die Netto-Sozialbeiträge hätten sich mindestens so gut entwickelt wie die Wirtschaftslage. „Es ist kaum abzuschätzen, welche Effekte die Robotik haben wird.“ Es seien auch in Ländern mit höherem Automatisierungsgrad keine Massenarbeitslosigkeit oder massive Abwanderung zu beobachten. Hingegen verweist Christoph Matznetter, Chef des Sozialdemokratischen Wirtschafts-

verbands (SWV), auf die neuen Arbeitsformen, die im Zuge der Digitalisierung an Attraktivität gewinnen, etwa Crowdworking. Dies führe zu neuen Mischformen, also dass Personen beispielsweise sowohl als Selbstständige als auch als Arbeitnehmer tätig sind. „Es ist ja schön, dass es immer mehr Gründer gibt, aber die Lohnquote wird geringer. Da muss etwas getan werden.“

Gegner der Abgabe sehen den Standort Österreich im internationalen Vergleich geschwächt, denn die Attraktivität würde sinken und Investoren würden lieber anderswo hingehen. Nach Ansicht von Peter Oswald, CEO von Mondi Europe & International, bedeutet alleine die Ankündigung einer neuen Steuer, dass man noch vorsichtiger wird und geplante Investitionen verschoben werden. „Das Gefährliche an einer neuen Steuer ist, dass sie mit kleinen Beträgen beginnt und dann laufend erhöht wird.“ Das Argument einer fortlaufenden Automatisierung lässt er nicht gelten – die österreichische Industrie beschäftigt heute mehr Menschen als vor zehn Jahren. Weitere Argumente der Gegner: Unternehmen unterschiedlicher Branchen würden unterschiedlich stark belastet, profitieren würde vor allem der öffentliche Sektor. Zudem würde die Beschäftigung wegen der niedrigeren Investitionen langfristig sinken, speziell die Zahl hochqualifizierter Jobs würde zurückgehen. Die Aufnahme neuen Kapitals könnte für Unternehmen teurer werden.

Szenarien, die die Befürworter der Abgabe nicht beeindrucken. Das wichtigste Pro-Argument für René Schindler von der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung: „Wir sollten unsere Sozialleistungen fair finanzieren und die Belastung der Löhne senken.“ Für Christoph Matznetter ist eine Einführung der neuen Abgabe wirtschaftsfreundlich: „Jeder Euro, der durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage anderswo eingenommen wird, führt zur Verminderung des Aufwands der Unternehmen.“ Nur aus Rücksicht auf bestimmte Sparten werde das reflexartig abgewehrt. Die Wertschöpfungsabgabe sei für ihn die „größte Senkung der Lohnnebenkosten, die es jemals gegeben hat“, zeigt sich Matznetter euphorisch. Auch die Gefahr, dass Unternehmen die neue Abgabe über steigende Preise kompensieren und damit erst recht breite Teile der Bevölkerung belasten könnten, wird von den Freunden der neuen Abgabe so nicht gesehen: Während die Umsatzsteuer tatsächlich die Niedrigverdiener am meisten betreffe, sei der Wertschöpfungsbeitrag bei den leistungsfähigsten Unternehmen am höchsten, so deren Argumentation.

Zuletzt wurde vorgeschlagen, einen Versuchsballon in Sachen Wertschöpfungsabgabe steigen zu lassen: Die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) sollen dafür herangezogen werden. Während bisher dazu 4,5 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme verwendet werden (sinkt bis 2018 auf 3,9 Prozent) sollen es zukünftig drei Prozent der Nettowertschöpfung sein. Einbezogen werden dabei auch Gewinn vor Steuern, Fremdkapitalzinsen sowie Mieten und Pachten. Um kleine Unternehmen und Selbstständige damit nicht zu

behelligen, wird ein Betriebsfreibetrag – etwa in der Höhe von 30.000 Euro – überlegt.

Für Mondi-Chef Peter Oswald kommt selbst dieser Versuch nicht infrage: „Wir müssen das eigentlich nicht mehr testen, die Feldversuche in Frankreich und Italien zeigen die negative Wirkung dieser vermeintlichen Mini-Version.“ Was heute „mini“ sei, könne morgen schon „maxi“ sein, glaubt Oswald. Gibt es aber Alternativen? Dass der Faktor Arbeit entlastet werden muss, darüber besteht Einigkeit. „Besser wären Einsparungen im öffentlichen Sektor, beispielsweise beim Föderalismus oder bei der Effizienz im Gesundheitswesen“, sagt IV-Chefökonom Helmenstein. Und Peter Oswald ergänzt: „Der Bundeskanzler sollte über Einsparungen durch eine Produktivitätssteigerung der Verwaltung nachdenken, anstatt mit neuen Steuern die Wirtschaft zu verunsichern.“ Österreichs Staat eile „von Rekordeinnahmen zu Rekordeinnahmen“, es verstehe niemand, dass mit dem vielen Geld nicht das Auslangen gefunden wird.

Für Helmut Hofer, wirtschaftspolitischer Leiter des Instituts für Höhere Studien, ist die Wertschöpfungsabgabe „zum Großteil eine Steuer auf den Faktor Investitionen“ und daher „nicht BIP-Wachstum-fördernd“. Und selbst deutsche Gewerkschaftsvertreter sehen das Thema kritisch: „Die Debatte um die Robotersteuer lenkt von den zentralen Herausforderungen ab“, erklärte der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann etwa im Sommer. Das Wifo wiederum hat in den vergangenen Jahren einige andere Möglichkeiten zu einer Entlastung des Faktors Arbeit ins Spiel gebracht – darunter stärkere Nutzung von Steuern auf Umwelt- und Energieverbrauch, Abbau von Ausnahmen in Einkommen- und Umsatzsteuer, höhere Grundsteuer und eine Steuer auf hohe Erbschaften. Alles Themen, die politisch jedoch mindestens so heikel sind wie eine Wertschöpfungsabgabe.

Wird es also überhaupt eine Wertschöpfungsabgabe geben können? Die SPÖ will nicht lockerlassen, das Thema bleibe weiter auf der Agenda, heißt es dort. Für Margit Schratzenstaller vom Wifo sollte man sich zunächst die Ausgangslage und die mögliche zukünftige Entwicklung der Finanzierung des Sozialstaates ansehen – und es sollten mehrere Reformmöglichkeiten unvoreingenommen diskutiert werden. „Mit dem Ziel, das Abgabensystem wachstums- und beschäftigungsverträglicher zu gestalten, aber auch die umwelt- und verteilungspolitische Effektivität zu erhöhen“, meint sie. Die Wertschöpfungsabgabe sei nur eine von vielen Finanzierungsquellen für die soziale Sicherung, außerdem hänge die Standortqualität ja von weiteren Faktoren außer dem Abgabensystem ab. Peter Oswald sieht eine solche Abgabe als „hoffentlich nicht sehr realistisch“, ausschließen will er es aber nicht. „Wenn es um neue Steuern und Abgaben geht, ist Österreichs Politik bekanntermaßen kreativ.“ IV-Chefökonom Helmenstein hingegen will nicht glauben, dass die Wertschöpfungsabgabe kommen wird. „Es gibt ökonomische Beweise dagegen, daher liegt die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung bei null.“ n

9 Millionen Euro

könnte die Mehrbelastung für einen Industriekonzern (20.000 Mitarbeiter, fünf Milliarden Euro Umsatz) nach Schätzungen der Industriellenvereinigung (IV) durch eine Wertschöpfungsabgabe betragen.

Stimmungs-kracherl

Getrübe Stimmung, aber noch kein arger Stimmungseinbruch – so beschreibt die Industriellenvereinigung (IV) die Lage der österreichischen Industrie. Laut IV-Konjunkturumfrage für das dritte Quartal 2016, bei der die Geschäftslage der Betriebe eingeschätzt wird, sind die Auftragsbestände insgesamt robust, zum ersten Mal seit fünf Quartalen gab es einen leichten Zuwachs. Bei den Auslandsaufträgen sind die Industrieunternehmen offenbar wieder optimistischer als zuletzt. Speziell für exportorientierte Unternehmen sollte es nun aber „standortpolitische Impulse“ geben, heißt es seitens der Industriellenvereinigung.